



KEIN AUSVERKAUF VON LANDWIRTSCHAFT UND ERNÄHRUNG!

POSITIONSPAPIER DES AGRARNETZES VON ATTAC DEUTSCHLAND ZUM WELTAGRARHANDEL

Verabschiedet am 2. April 2005 in Witzenhausen

Landwirtschaft ist mehr als die bloße Produktion von Nahrungsmitteln. Sie erfüllt zahlreiche soziale, kulturelle und ökologische Aufgaben: die Sicherung von Einkommen und Arbeitsplätzen im ländlichen Raum, Umweltschutz, Kultur- und Landschaftsgestaltung sowie den Erhalt und die Pflege der bunten Vielfalt von regionalen Sorten, Anbauweisen und Lebensmitteln.

Unser Leitbild für die Landwirtschaft lautet Ernährungssouveränität. Diese meint das Recht jeder Gemeinschaft auf eine selbstbestimmte Landwirtschafts- und Ernährungspolitik – den eigenen ökologischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Umständen entsprechend. Das ist die Voraussetzung für die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung, dem Recht jedes Menschen auf einen stabilen Zugang zu hochwertigen, kulturell angepassten Nahrungsmitteln in ausreichender Menge.

Globale Agrarwende statt Landwirtschaft im Dienste der Konzerne

Wir kritisieren eine vom Agrobusiness dominierte, umweltzerstörende und unsoziale Landwirtschaft, die lediglich an der Steigerung der Produktivität und der Maximierung von Profiten interessiert ist. Wir kritisieren auch, dass durch die Verbreitung von gentechnisch verändertem Saatgut und die dafür anfallenden Patentgebühren vor allem die bäuerliche Landwirtschaft in eine weitere Abhängigkeit von Agrarkonzernen gebracht wird.

Deshalb fordern wir:

- die Förderung einer ressourcenschonenden, sozial- und umweltverträglichen Landwirtschaft, insbesondere von kleinbäuerlichen Betrieben und Produktionsweisen
- die Förderung von Agrarreformen und die Stärkung der Rechte von Kleinbauern und -bäuerinnen sowie Landlosen
- das Recht von Bauern und Bäuerinnen, Saatgut kostenlos wieder auszusäen und das Ende der agroindustriellen Gentechnik sowie aller Formen von Patentierung im Bereich lebender Organismen, Nahrung und Landwirtschaft.

Schutz vor Importen statt Liberalisierungszwang

Wir kritisieren, dass die Länder des Südens durch Organisationen wie die Welthandelsorganisation WTO und den Internationalen Währungsfonds IWF zu Marktöffnungen gezwungen werden. Billigimporte zerstören dort lokale und regionale Märkte der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und gefährden so die Ernährungsgrundlage der Bevölkerung. Die Folgen sind Landflucht und eine weitere Verarmung der Menschen.

Deshalb fordern wir:

- das Recht jeder Gemeinschaft auf Importkontrollen ihrer Wahl entsprechend den Bedürfnissen ihrer Bevölkerung – insbesondere zum Schutz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und der Grundnahrungsmittelproduktion
- keinen weiteren Zwang zum Import von Mindestmengen und zu Liberalisierungsschritten in den Ländern des Südens. Diese Länder müssen im Gegenteil das Recht erhalten, schon eingegangene Marktöffnungsverpflichtungen wieder rückgängig zu machen, um sich vor Billigimporten schützen zu können.

Schuldenerlass statt Exportorientierung

Wir kritisieren eine durch hohe Schulden forcierte Exportorientierung der Landwirtschaft im Süden, die vielfach nur dem Agrobusiness, nicht aber Bauern und Bäuerinnen nutzt. Sie steht dem Leitbild der Ernährungssouveränität entgegen und ist häufig stark umweltbelastend.

Deshalb fordern wir:

- einen umfassenden Schuldenerlass für die Länder des Südens und damit die Verringerung des Zwangs zur Devisen-Erwirtschaftung. Sie müssen die Freiheit haben, weniger zu exportieren und ihre Produktion von Nahrungsmitteln vorrangig an den Bedürfnissen ihrer Bevölkerung auszurichten sowie ihre regionale Produktion, Verarbeitung und Vermarktung im Sinne von Ernährungssouveränität zu stärken.

Kehrtwende in der Subventionspolitik statt Förderung von Dumping

Wir kritisieren die derzeitige Agrarsubventionspolitik im Norden, die eine umweltgefährdende, hoch industrialisierte Produktionsweise fördert und zu Überschüssen führt. Diese Überschüsse werden zu Billigpreisen, die teils unterhalb der hiesigen Produktionskosten liegen, auf dem Weltmarkt abgesetzt, sei es mithilfe direkter oder indirekter Subventionierung von Exporten. Kleinbauern und -bäuerinnen wird durch diese Politik weltweit die Lebensgrundlage entzogen: Sie leiden unter dem Verfall der Weltmarktpreise als Folge von Dumping und Überproduktion und können mit Dumpingprodukten nicht konkurrieren.

Deshalb fordern wir:

- das Verbot von Dumping und das sofortige Ende jeder direkten und indirekten Subventionierung von Exporten. Um eine versteckte Subventionierung auszuschließen, sollten auch Nahrungsmittelhilfe und Exportkredite einer strengen Überprüfung unterworfen werden
- die Förderung bzw. Finanzierung einer ökologischen, auf den Binnenmarkt ausgerichteten und sozial gerechten landwirtschaftlichen Produktion, im Norden wie im Süden
- die uneingeschränkte Zulässigkeit von Maßnahmen zur Hungerbekämpfung in den Ländern des Südens. Diese Maßnahmen sollten von den Industrieländern finanziell unterstützt werden
- eine sinnvolle Nutzung von Instrumenten der Angebotsregulierung zur Verhinderung von Produktionsüberschüssen.

Marktöffnung für weiterverarbeitete Produkte statt Abschottung

Wir kritisieren, dass Industrieländer ihre eigenen Märkte für zahlreiche weiterverarbeitete Produkte aus dem Süden abschotten und damit den Ländern im Süden Entwicklungsmöglichkeiten verschließen.

Deshalb fordern wir:

- das Ende der so genannten Zolleskalation für weiterverarbeitete Produkte in Industrieländern. Das würde den Ländern des Südens die Möglichkeit eröffnen, weiterverarbeitende Industrien aufzubauen, die einen Beitrag zu ihrer wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung leisten können.

Faire Marktstrukturen statt Entrechtung der ProduzentInnen

Wir kritisieren die Machtverhältnisse im globalen Agrarhandel. Produktion, Weiterverarbeitung und Vermarktung von landwirtschaftlichen Produkten liegen in der Hand weniger Konzerne. Auch Dünge- und Pflanzenschutzmittel sowie Saatgut werden von einer Handvoll Konzerne kontrolliert. Immer mehr Nahrung wird von immer weniger Supermarktketten verkauft, die den Landwirten die Preise diktieren und sie in einen Konkurrenzkampf zwingen, in dem sie nur durch nicht-nachhaltiges Wirtschaften mit hohen sozialen und ökologischen Kosten bestehen können. Ihre Ernte müssen sie zu historischen Tiefpreisen anbieten, die häufig die Produktionskosten nicht decken. Diese Entwicklung bringt für Konzerne immer höhere Gewinne mit sich, für Landwirte und VerbraucherInnen jedoch immer größere Abhängigkeiten.

Deshalb fordern wir:

- dass monopolartige Strukturen einiger weniger Konzerne im Ernährungssektor aufgebrochen werden – sowohl bei der Versorgung mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln bzw. Saatgut als auch bei Rohstoffen und weiterverarbeiteten Produkten
- dass BäuerInnen und LandarbeiterInnen für die Herstellung ihrer landwirtschaftlichen Produkte gerecht entlohnt werden und die Preise die Kosten für Mensch und Umwelt widerspiegeln
- eine weitestmöglich regionale Vermarktung von Agrarprodukten und die Förderung der Direktvermarktung. Produkte, die jenseits der Region angebaut und verarbeitet werden, sollten Ernteschwankungen abfedern und das Nahrungsmittelangebot ergänzen, nicht ersetzen.

Ernährungssouveränität statt Primat der Handelsinteressen

Die Welthandelsorganisation WTO ist mit ihren Regeln zum internationalen Agrarhandel, zum Schutz geistiger Eigentumsrechte und aufgrund der von ihr vorangetriebenen Politik der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung mit verantwortlich für die fatale Situation im Weltagrarhandel.

Wir kritisieren die neoliberale Ausrichtung der WTO und ihre undemokratischen Entscheidungsstrukturen, die faktisch einseitig die Interessen der großen Wirtschaftsmächte und des Agrobusiness begünstigen.

Deshalb fordern wir:

- die Verwirklichung des Rechts auf Nahrung. Die Ernährungssouveränität jeder Gemeinschaft muss vor jeglichen Profitinteressen stehen. Dazu bedarf es demokratisch legitimer, internationaler Regeln. Aufgrund ihrer Politik der Handelsliberalisierung um jeden Preis und ihres Demokratiedefizits ist die WTO jedoch kein geeignetes Forum für diese Regeln. Der Agrarbereich muss deshalb völlig aus der WTO ausgegliedert werden.

Eine andere Landwirtschaft ist möglich! Ernährungssouveränität jetzt!